APO - PRESS

HAMBURGER INFORMATIONSDIENST

HERAUSGEBER : SDS HAMBURG/verantwortl.: M.Deter, Redaktion + Verlag Hamburg 4
Annenstr.32, Tel: 31 28 65 Erscheinungsweise : Montags vierzehntägig. Abonnement :
Bei Zustellung per Post halbjährlich DM 8.-- Postscheckkonto: HBG.M.Deter 2293 32

MONTAG, den 24.3.69 Nr. 5 EINZELPREIS : DM 0,50

AUS DEM INHALT :

NEUE HILFSMITTEL DER POLIZEI

Bei der Demonstration der Schüler am 6. März, bei der die Schüler kurze Zeit das Wirtschaftsgymnasium Schlankreihe besetzten, wurden bei der Polizei einige neue Hilfsmittel, die der Strafrechtlichen Verfolgung und Identifizierung der Demonstranten dienen können, entdeckt. Eine Kenntlichmachung dieser Mittel dürfte bei den folgenden Demonstrationen von Bedeutung sein :

1.) Die Demonstranten wurden von einem vorbeifahrenden PKW (2 cv) gefilmt.
2.) Beim Eindringen in das Wirtschaftsgymnasium wurde ein Richtmikrofon in die Menge gerichtet. Der Richtstrahl eines solchen Mikrophons hat selbst in hundert Meter Entfernung eine Breite von nur etwa 50 cm. Man kann damit selbst in so großer Entfernung in einer lärmenden Menge noch einzelne Gespräche verfolgen.

Am Abend desselben Tages wurden Schüler, die sich an der Demonstration beteiligt hatten, beim Verlassen des RC festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht. Sie wurden dort Erkennungsdienstlich behandelt.

HAMBURGER POLIZEI

Die Deputation bei der Innenbehörde hat mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU und gegen den Protest der Polizeigewerkschaft beschlossen, 100 Planstellen für Hilfspolizisten zu beantragen. Diese Hilfspolizisten sollen der Überwachung des ruhenden und der Regelung des fließenden Verkehrs dienen sowie die Vollzugsbeamten bei "Notfällen und besonderen Anlässen" unterstützen. Dies stellt eine Aufgabenerweiterung der Hilfspolizei dar, da diese bisher nur zur Überwachung des ruhenden Verkehrs eingesetzt wurde, außerdem sollen die Hilfspolizisten nun uniformiert werden.
Eine personelle Erweiterung der Polizei ist nach Ansicht des Innensenators Ruhnau seit langem nötig, jährlich werden mehr als 100 Planstellen genehmigt, es fehlt jedoch an Bewerbern für diese Stellen, der Polizeiberuf ist nicht sehr begehrt. Das Problem wird sich voraussichtlich in nächster Zeit noch verschärfen. Nach 1945 wurden im Rahmen der Entnazifizierung sehr viele neue Beamte im Alter von etwa 35 Jahren eingestellt, die in der Zeit zwischen 1970 und 78 entlassen werden. In dieser Zeit wird - nach Auskunft der Innenbehörde - ein überproportionaler Bedarf an Bewerbern entstehen, der voraussichtlich nicht gedeckt werden kann. Dem soll durch die Einstellung von Hilfspolizisten entgegengewirkt werden.
Diese Hilfspolizisten sollen nach etwa 4-wöchiger Ausbildung der Entlastung der vollausgebildeten Polizisten dienen. Auch wenn diese Hilfspolizisten nicht für den Einsatz bei Demonstrationen und Ähnlichem verwandt werden, so werden sie doch durch ihre Entlastungsfunktion Polizeikräfte für diese Aufgaben freisetzen, und somit zur - im Rahmen des Klassenkampfs notwendigen - Stärkung der Polizei beitragen.
Der Beschluß wurde in der Deputation gegen den Widerstand der CDU und der Polizeigewerkschaften (ÖTV PDB GdP)gefaßt. Ihrer Meinung nach gerate dadurch das Berufsbild des Polizisten in Gefahr. Außerdem bestehe seit langem die Notwendigkeit, die Polizei wesentlich zu verstärken, dies könne nur dadurch geleistet werden, daß der Polizeiberuf attraktiver gemacht werde. Es wird vermutet, Ruhnau wolle auf Kosten der Polizisten sein "Image aufpolieren". Die drei Gewerkschaften ÖTV, GdP, PDB haben sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, gegen die Verabschiedung dieses Projekts wollen sie gegebenenfalls gewerkschaftliche Mittel (Protestkundgebungen, Demonstrationen, Plakataktionen vor der Innenbehörde) einsetzen.

SCHMIEDELS U-HAFT

Die bisherigen Solidaritätsaktionen für Günther Schmiedel, der seit Anfang Februar unter dem Verdacht der Rädelsführerei bei schwerem Landfriedensbruch in U-Haft ist, haben ihm kaum geholfen, im Gegenteil, sie dienten der Justiz, insbesondere Vogt, als Vorwand, ihn zu schikanieren und seine Haft zu verschärfen. Als Reaktion auf die Megaphon-Solidaritätsgrüße und auf einen Anruf, der die Befreiung Schmiedels aus dem UG ankündigte, wurde Schmiedel in den Schwerverbrechertrakt des UG gesperrt. Ein Wäschepaket seiner Schwiegermutter wurde abgewiesen, außerdem durfte er von seiner Frau keine Rasierseife, Toilettenseife, Lebensmitteletc erhalten. Die Bücher, die ihm von einigen Genossen geschickt wurden, hat er erhalten, er ist - nach Auskunft seiner Frau - an weiteren Büchern, politischen, aber auch an Unterhaltungsliteratur, interessiert Briefe, soweit sie sich nicht auf seinen Prozeß beziehen und ihn nicht zu gewaltsamen Handlungen anreizen, darf er ebenfalls bekommen.Die Genossen haben allerdings bisher davon nur sehr wenig Gebrauch gemacht.Es scheint sehr wichtig,dass wir Schmiedel durch Briefe davon überzeugen,dass wir ihn nicht vergessen haben und noch an ihn denken. Solche Briefe scheinen im Augenblick die einzige -aber sehr wichtige-Möglichkeit,wie wir ihm individuell helfen können. 1)
Schmiedel darf nur von seiner Frau und von seinem Rechtsanwalt besucht werden. Seine durfte -in Anwesenheit Vogts-alle zwei Wochen mit ihm zusammenkommen.Vogt teilte ihr mit,dass er in dieser Woche keine Zeit habe und dann bis zum 8. April in Urlaub gehe.In dieser Zeit könne sie nicht zu ihrem Mann,in Gegenwart einer Vertretung Vogts mit Schmiedel zu sprechen ,sei nicht möglich.So muss Marion Schmiedel die Folgen von Vogts Urlaub tragen.

UNTERSUCHUNGSHAFT IN HAMBURG

Wie die Mitglieder des Emanzipationsarbeitskreises der Frauen erfuhren, nachdem sie Kontakt zu Angehörigen von U-Häftlingen angeknüpft hatten, bestehen menschenunwürdige Zustände nicht nur in Berlin (Strafvollzugsanstalt Tegel), sondern es hat sich bestätigt, daß die Affären 'Klingelpütz' in Köln und 'Glocke' in Hamburg nur Extremfälle im Rahmen einer allgemein praktizierten Schikanierung der Gefangenen durch Wärter und Kollaborateure sind, die bis zur körperlichen Mißhandlung reichen.

Die U-Häftlinge -"alles freie Menschen" nach Aussage eines Wärters -, bei denen nach dem Gesetz selbst der Anschein vermieden werden muß, als ob sie zur Strafe festgesetzt würden, werden in der Praxis wie rechtskräftig Verurteilte behandelt. Daran ändern auch die gesetzlich vorgesehen "größeren Fenster" in ihren Zellen nichts. Sie haben unter Wärtern zu leiden, die ihre Frustrationen an den ihnen unterstellten Gefangegen auslassen. Die Wärter sind oft ehemalige Nazis, aus dem faschistischen Beamtenaparat nach § 131 übernommen, sogenannte 131er, die in anderen Behörden wohl nicht zu verwenden waren und daher ihre Arbeitskraft in den "Dienst der Strafpflege" stellten.

Es wurde berichtet, daß den Besuchern das Mitbringen von Geschenken - wie Lebensmitteln oder Süßigkeiten (siehe Schmiedel-Artikel) - verweigert werden. Auch Unterschlagungen durch Wärter und Gefangenenkollaborateure auf Kosten der übrigen Häftlinge scheinen nicht selten zu sein. Daß die Verpflegung miserabel ist, wird durch EXTRA-Dienst- und KONKRET-Artikel hinreichend belegt.

Die Begründung für eine Inhaftierung -Flucht- und Verdunkelungsgefahr - sind in vielen Fällen nicht haltbar. Z.B. besteht automatisch Fluchtverdacht, wenn man die polizeiliche Meldepflicht versäumt hat. Insbesondere bereits Vorbestrafte verbringen die Zeit - oft mehere Monate - bis zur Hauptverhandlung im Gefängnis. Ein vorbestrafter St.Pauli-Gastwirt saß acht Monate in U-Haft, wurde aber in der Hauptverhandlung freigesprochen. Es sind sogar Fälle bekannt, in denen die U-Haft mehere Jahre betrug. Eine Entschädigung für unschuldig erlittene U-Haft sowie für den daraus enstehenden Verdienstausfall gibt es nicht. Eine öffentliche Aufmerksamkeit findet dies nur dann, wenn es sich bei den Betroffenen um so bekannte Persönlichkeiten, wie etwa Augstein, handelt. Oft scheint nicht so sehr der Tatverdacht, sondern vielmehr die soziale Stellung des Beschuldigten für die Inhaftierung ausschlaggebend. Die Volksweisheit, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt, wird durch das Beispiel eines Fabrikanten bestätigt, der trotz des dringenden Verdachtes, mehrmalig Betrug begangen zu haben, auf freiem Fuße verblieb, während ein vorbestrafter Arbeiter, der auf dem "Bau" Kupfer geklaut hat, schon sechs Monate im Knast sitzt, und somit seine Strafe weg hat, egal ob man ihm in der Hauptverhandlung die Tat nachweisen kann oder nicht. Während der Inhaftierung der Männer ist die soziale Lage der von ihnen meist finanziell abhängigen Frauen elend, da sie keinerlei Unterstützung erhalten. Während der Zeit der U-Haft des oben erwähnten Kneipenwirtes, stand seine Frau vor der Alternative entweder die Wirtschaft zu schließen oder die Besoffenen eigenhändig rauszuschmeißen.

Diese Mißstände, besonders aber die finanzielle Not der Frauen, und ihre, für sie äußerst belastende Diskriminierung durch die Umwelt, nahmen die Mitglieder des Frauen-Emanzipationsarbeitskreises zum Anlaß für Flugblattaktionen vor dem UG. Sie hofften auf diesem Wege die betroffenen Frauen politisieren zu können. Es zeigte sich aber, daß die Frauen die Gesetzesnormen -die ihre Männer in einem vieleicht emanzipatorischen Akt übertreten hatten- so weit verinnerlicht haben, daß sie sich für die Handlungen ihrer Männer oder sogar für deren unberechtigte Inhaftierung schämen. Dies verdeutlicht auch ihre Haltung beim Betreten oder Verlassen des UGs. Die Frauen tragen dies Schicksal völlig vereinzelt und sind zu einer kollektiven Bewältigung und einem solidarischen Kampf gegen die Haft ihrer Männer kaum fähig. Ganz im Gegensatz zu den Spanierinnen, die in einer großen Demonstration vor das UG in Madrid zogen und die Freilassung ihrer Männer forderten.

Zu einem auf den Flugblättern angekündigten Treffen im RC kam niemand.
Angesichts dieser Mißerfolge und ihrer ihrer stärkeren Konzentration auf die Hochschularbeit ist es fraglich, ob die Mitglieder des Emanzipationsarbeitskreises dieses Projekt weiterführen werden.

OSTERMARSCH-AGONIE

Ein wohl letztes Mal ruft die "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" die friedliebenden Bürger Westdeutschlands zum Ostermarsch am 3o.März 1969 ("Der Termin für alle Demokraten") auf die Straßen der Städte und Dörfer.
Mit einem respektheischenden Blick verweisen die Alt-Funktionäre der Kampagne auf Ostern 1968 und verschleiern dabei, daß die praktizierte Gegengewalt der sozialistischen Schüler, Arbeiter und Studenten Ostern letzten Jahres nicht die Folge einer sich qualitativ , der verschärften staatlichen Repression entsprechenden ,veränderten politischen Diskussion und organisatorisch vollzogenen Mobilisierung innerhalb der Kampagne für Demokratie und Abrüstung war. Diese wurde den Pazifisten aller Lager, die urplötzlich die Ohnmacht ihres verbalen Globalprotestes erkanneten, vielmehr von der aktuellen Situation (Gründonnerstag Attentat) aufgezwungen. Gleichwohl versuchten die eingefahrenen "Bündnispolitiker" der Kampagne damals z.T. gewaltsam die Spontanaktionen gegen Springer zu bremsen; gleichwohl wurden SDS-Genossen am öffentlichen Auftreten vor den Ostermarschierern gehindert(K.D.Wolff in Dortmund).

In diesem Jahr scheinen die Revisionisten im Ostermarsch mit Genugtuung einen konkreten Anlaß für militante Widerstandsaktionen nicht zu sehen und wollen den bereits nach Leichnam stinkenden Ostermarsch noch einmal aufpolieren. Sie apellieren dabei erneut an alle gutwilligen Demokraten in diesem Lande, wobei sie in einem Aufruf , der sich wie eine schlechte Karrikatur eines FDP-Programms liest, in kaum noch zu überbietender und unpolitischer Pauschalität auf das gehäufte "Böse" in aller Welt hinweisen und in hohler Rethorik Frieden und Demokratie fordern. Sie wollen nicht aufzeigen, wo die konkreten Ursachen für die zunehmende Unterdrückung der emanzipativen Bewegungen liegen.
Der Ostermarsch war (und ist nach dem Wunsch der Kampagne -Funktionäre) nie eine politische Bewegung und hatte andererseits auch nie eine längerfristige politische Perspektive; er war vielmehr ständig in Gefahr zum Alibi für die Herrschenden zu werden.

Wenn es noch vor der faschistischen Machtergreifung in Deutschland das gemeinsame Kennzeichen aller traditionellen Kommunisten in ihren bürokratischen Parteien war, daß sie sich in einer Zweigleisigkeit von revolutionärer leninistischer Theorie und einer reformistischen Wahlkampfstrategie bewegten, wobei letztere allein ihre Praxis bestimmte, so ist heute Sprache und Praxis kongruent. Sie vertrauen auf den allmählichen Zusammenfall des Kapitalismus, und so hat sich denn endgültig die revolutionäre Theorie des Klassenkampfes zur Ideologie der Realpolitik verselbständigt.

Wenn die "Kampagne" daruf verweist, daß sie als "Sammelbewegung" nötige Kompromisse einzugehen habe, wäre das allein noch nicht anzugreifen, wenn sie zumindest klar angeben könnte, wen sie denn im einzelnen "sammeln" will und mit ihm anzufangen gedenkt; sie unterschlägt aber, daß der Ostermarsch und mit ihm die "Kapagne für Demokratie und Abrüstung" nie aus einer relevanten Basis (etwa der Ausbildung, wo die Unterdrückung bekanntermaßen mit am stärksten ist) gekommen ist und vor allem nicht ansatzweise in der Lage war, die emanzipative Arbeit in Schule, Betrieb und Universität zu mobilisieren.
Wenn die Revisionisten in der gegenwärtigen Phase des Kampfes nicht konkret etwa zu unseren Auseinandersetzungen in den entscheidenden Sozialisierungsbereichen Stellung beziehen (wo wir die Gewalt des Systems am ehesten unterlaufen und zerschlagen können) , und stattdessen in kompromißlerischen Formeln ein verwaschenes Friedensgejammer anstimmen (Siehe Aufruf 69) , dann trifft sie der Vorwurf des Spaltertums und nicht uns. - Fortsetzung Seite 2o -

KLASSENKAMPF IM HAMBURGER HAFEN

Am 14. November 1968 wurde von der Hamburger "Gesamthafen-Betriebsgesellschaft" (HGBG) der Hafenarbeiter Harry Benfeldt fristlos entlassen. Benfeldt, der zwei Tage zuvor die erste Nummer seiner Hafen-Zeitung "frischer Wind" herausgegeben hatte, hatte nach Ansicht seiner Firma dadurch den Betriebsfrieden gestört. Benfeldt griff in seiner klassenkämpferischen Zeitung soziale Mißstände im Hafen an.

- vor vielen Toiletten im Hafen fehlen die Türen, Toilettenpapier fehlt grundsätzlich, die Arbeiter müssen ihren Hintern mit Bild-Zeitung abwischen. Nachdem dies im Prozeß zur Sprache gekommen war, ist auf allen Toiletten Papier, sie sind allerdings immer noch nicht verschlossen
- Die HGBG selbst ist nicht Arbeitgeber, sie vermittelt nur ihre Arbeiter an Schiffahrts= linien. Den Arbeitern geht dadurch täglich eine sogenannte Vermittlungsstunde verloren. Benfeldt forderte die Bezahlung dieser Stunde
- Die Arbeiter müssen ihre Pausen meist auf den Schiffen verbringen. Da die Kabinen und Messen dieser Schiffe aber meist abgeschlossen werden, müssen sie - selbst bei grimmiger Kälte - ihr Essen entweder im Freien oder im Schiff bei Fischmehlgestank und Ähnlichem verzehren. Inzwischen hat die "Hansa-Linie" eine Barkasse zur Verfügung gestellt, mit der die Arbeiter zur Kaffeeklappe -einer Art Kantine - in den Pausen fahren können
- Es fehlen verschlossene Räume und Spinde, in denen die Arbeiter ihre Sachen während der Arbeit einschließen können.

Benfeldt übte aber auch am Betriebsrat und an den Gewerkschaften sowie der SPD Kritik. Er wies nach, daß der Betriebsrat der HGBG sich als Erfüllungsgehilfe der Unternehmer erwiesen habe und nicht die Interessen der Arbeiter vertrete. Er erhebe zwar verbal die Forderungen der Arbeiter, fiele jedoch, wie auch die Gewerkschaften, im entscheidenden Moment um. Beispiel: NS-Gesetze.

Benfeldt dagegen forderte die Arbeiter auf, ihre Forderungen mit gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen. Am Beispiel der nicht verschlossenen Spinde forderte er seine Kollegen auf, die Arbeit nicht aufzunehmen, bevor nicht die Unternehmer diese minimale Fürsorgepflicht erfüllten. Die HGBG erkannte die Brisanz dieser Forderungen und ver= suchte, das revolutionäre Element Benfeldt zu eliminieren und dadurch den Widerstand im Keim zu ersticken. Es kam jedoch zu einer Solidarisierung der Arbeiter mit Benfeldt und zu einer Identifizierung mit seinen Forderungen, die Zeitung "Frischer Wind" erscheint weiter. Die Arbeiter unterstützen Benfeldt finanziell und ideell. Zu einer von ihm veranstallteten Protestversammlung kamen 40 Kollegen- für denHafen eine sehr hohe Zahl- seine Unterschriftenliste wurde von 300 Kollegen unterschrieben, die Betriebsversammlung distanzierte sich von seiner Entlassung.

An der Protestversammlung nahm auch ein DKP-Betriebsratsmitglied eines anderen Betriebes teil. Seinem Arbeitgeber war er von da an ein Dorn im Auge, und man fand auch bald einen Grund zur fristlosen Entlassung. Er wurde betrunken an seinem Arbeitsplatz gesehen und mit Hilfe der Polizei von dort vertrieben. Benfeldt prozessierte vor dem Arbeitgericht gegen seine Entlassung . Der Vertreter der HGBG, Frank, bezeichnete Benfeldts Behauptungen als böswillige Unterstellungen und Verunglimpfungen und kreidete es ihm besonders an an, daß er die "Gewerkschaftsbosse" des Betruges bezichtigte. Er machte gleichzeitig deutlich, daß die HGBG nichts unversucht lassen werde, um Benfeldt aus dem Hafen zu entfernen. Er wies auf die sozialen Leistungen im Hafen hin: " Der Durchschnittsverdienst eines Hafenarbeiters beträgt zur Zeit 46.55 DM pro Arbeitstag, die reguläre Arbeitszeit beträgt nur noch 40 Stunden." Benfeldts Verteidiger, Groenewoldt, wies darauf hin, daß dieser Durchschnittslohn nur durch regelmäßige Überstunden zu realisieren sei, der normale Arbeitslohn betrage 15.55 pro Tag weniger. Er wies ferner nach, daß alle Behauptungen Benfeldts der Wahrheit entsprächen, insbesondere die, daß die Gewerkschaften der verlängerte Arm der Unternehmer seien, dadurch bestätigt werde, daß Frank sich verpflichtet fühle, die ÖTV zu verteidigen.

Benfeldt gewann den Prozeß. Nach Ansicht des Gerichts war die Form seiner Äußerungen nicht beleidigend, sie entspreche dem Klassenkampf.

Die HBGB legte gegen das Urteil Berufung ein. Wenn die HGBG auch den Prozeß verloren hat, so scheint ihr doch eins gelungen zu sein: Benfeldt zumindest für längere Zeit aus dem Hafen zu eliminieren und dadurch die Arbeiter einzuschüchtern.
Auch die SPD, die im "Frischen Wind" mehrfach angegriffen worden war, fühlte sich betroffen: Benfeldt bekam vom Parteivorstand einen Brief, in dem auf die sozialen Erfolge der SPD, insbesondere seit der großen Koalition, hingewiesen wird. Nach der Mahnung, er könne "ohne einen eigenen politischen Standpunkt zum Spielball auch von ihm nicht gewollter politischer Kräfte werden", versicherte man ihm in dem Brief zum Abschluß, man werde sich dafür einsetzen, daß er auch weiterhin seine Meinung überall vertreten könne.
Benfeldts Aktionen sind ein Beispiel für eine klassenkämpferische Arbeiterpolitik und liefern empirisches Material im Rahmen einer Strategiediskussion. Benfeldts Politik ist charakterisiert durch einen durchaus traditionellen Ansatz, daß man nämlich soziale Mißstände aufzeigt, daran gewerkschaftliche Forderungen knüpft, um dadurch revolutionäres Bewußtsein zu schaffen. Die hier aufgezeigten Mißstände (Toilettenpapier, Spinde etc.) resultieren zwar aus antagonistischen Widersprüchen, sind aber zweifellos im kapitalistischen System abzustellen. Die Frage ist aber, ob eine an solchen Mißstände ansetzende Arbeiterpolitik in der Lage ist, den Manipulationszusammenhang zu durchbrechen und den dahinterstehenden antagonistischen Widerspruch bewußt zu machen.

STAUEREI SUCHT RÄDELSFÜHRER (Meldung der BILD-Zeitung vom 1.+4.3.69)
Hamburger Hafenarbeiter riefen bei der Bild-Zeitung an, um sich über ungerechtfertigte Kündigungen ihrer Stauerei zu beschweren. Redakteur Schumann: "Die haben hier angerufen und als Leser-Reporter ihren Senf durchgegeben." Bild rief daraufhin bei dem Arbeitgeber (Stauerei Buss) an und formulierte die beiden Meldungen ausschließlich aus dessen Äusserungen. Die "Leser-Reporter" kamen nicht zu Wort.
Zehn Tage nach der ersten Meldung wurden elf "Rädelsführer" gefeuert. Weitere Schauerleute konnte die Fa. Buss nicht kündigen, da diese nur kurzfristig von einer auswärtigen Stauerei entliehen waren. Fa. Buss teilte die Kündigungen jedoch umgehend allen anderen am Fall "Djatibarang" beteiligten Stauereien und der GHBG mit und hofft das nun auch dort "Konsequenzen gezogen werden".
Eine Anfrage bei der Fa. Buss ergab folgendes: "Tja, das ist eine schwierige Sache. Die haben die Vorschriften falsch ausgelegt. Bei diesen Leuten weis man ja sowieso nie. Die reden mal so mal so. Jedenfalls wae das glatte Arbeitsverweigerung und wir haben die alle gekündigt. Das ist ja kein Geheimnis, und das haben wir auch sofort allen anderen beteiligten Firmen mitgeteilt und hoffen auf weitere Schritte. Bei uns waren es elf feste Leute. Dann hatten wir noch zwanzig geliehene Leute, aber die können wir ja nicht kündigen."
Auf die Frage, ob die Schauerleute nicht einen Grund zur Verweigerung der Arbeitsaufnahme hatten, da die Gangway zur "Djatibarang" durch ein davorliegendes KüMo blockiert war, kommt als Antwort: "Ach das wars doch gar nicht. Denen passte wohl eine Nase nicht. Aber das sind ja alles..... na ja."
Wie nicht anders zu erwarten, hat die ÖTV nichts für die gekündigten Arbeiter getan. Offentsichtlich sei keiner der Betroffenen Gewerkschaftsmitglied und es sei somit kein Grund vorhanden einzugreifen. Auch der Betriebsrat der Fa. Buss hat sich hinter die Entscheidung der Geschäftsleitung gestellt.
Im Unfallschutzkalender der Berufsgenossenschaft für Hafen und Umschlag aus dem Jahr 1966 steht auf Seite 9 unter einem entsprechenden Foto:
Der Landgang eines an den Pfählen liegenden Schiffes muss bei Beginn und Ende einer Schicht leicht zugänglich sein. In diesen Zeiten dürfen Schuten oder andere Wasserfahrzeuge den Schiffszugang nicht versperren.

NEUES ZUR STRAFRECHTS-"REFORM"

In der BRD leben zur Zeit etwa 1000 Kinder, deren Zeugung wegen Sterilität des Vaters durch künstliche Samenübertragung erfolgte. Dieser "sozial-ethischen Verwerflichkeit" soll nun ein Riegel vorgeschoben werden. In den Entwürfen zum neuen Strafgesetzbuch heißt es dazu im Wortlaut:

§ 203 Künstliche Samenübertragung

1. Wer eine künstliche Samenübertragung bei einer Frau vornimmt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

2. Eine Frau, die eine künstliche Samenübertragung bei sich vornimmt oder zuläßt, wird mit bis zu 1 Jahr Gefängnis oder mit Strafhaft bestraft.

3. Die Absätze 1. und 2. sind nicht anzuwenden, wenn ein Arzt Samen des Ehemannes bei dessen Frau mit Einwilligung beider Ehegatten oder eine Frau bei sich Samen ihres Ehemannes mit dessen Einwilligung überträgt.

Einige kurze Kostproben aus der Begründung des neuen Gesetzentwurfs verdeutlichen die Absicht der Verfasser: Das Gesetz wurde vorbereitet aus Sorge um "die Wurzeln des menschlichen Zusammenlebens", sowie aus Sorge um "die sittlichen Anschauungen unserer Kulturgemeinschaft". Außerdem ist "nach heterologer Insemination (Samenübertragung vom Nicht-Ehemann oder bei einer nicht verheirateten Frau, d. Red.) eine Gefühlsmäßige Bindung der Frau an den fremden Mann nicht auszuschließen, die erfahrungsgemäß in einer erheblichen Zahl der Fälle zur Zerstörung der ehelichen Gemeinschaft führt". Die folglich zu erwartenden Ehedifferenzen "schließen aus, daß das Ziel der Samenübertragung erreicht wird, die Harmonie der Ehe durch Kinderglück zu sichern".

Die "Sorge um die sittlichen Anschauungen unserer Kulturgemeinschaft" ist nichts anderes als die Sorge um den Bestand der Institution Familie, indirekt als die Sorge um den Bestand autoritärer Gesellschaftsordnung. Der Gesetzgeber schreitet ein, sobald die Autorität des Vaters, als Grundlage der Institution Familie, durch "eine gefühlsmäßige Bindung an den fremden Mann" gefährdet erscheint. Selbst die Funktion der Zeugung wird offen als Sicherung der "Harmonie" dieser Institution definiert. Die heterologe Insemination, als Möglichkeit der Trennung von Zeugung und Geschlechtlichkeit, als Infragestellung der väterlichen Zeugungsautorität wird unter Strafe gestellt und die Abhängigkeit der Frau damit auf die Spitze getrieben: ist der Mann steril, hat auch die Frau auf Kinder zu verzichten!

DAS JOHANNEUM

Das Johanneum ist weder als reaktionär noch als liberal zu bezeichnen, das Kollegium setzt sich zusammen sowohl aus alten Frontkämpfern als auch aus Lehrern, die sich die subtilen Unterdrückungsmethoden der neuen Pädagogik angeeignet haben. Das Johaneum als Instrument der gesellschaftlich Mächtigen steht vor einem Umbruch: den ständig anwachsenden Ansprüchen des Kapitals an das Individuum kann das Johanneum nicht mehr gerecht werden. Der Griechisch-und Lateinunterricht, sein wilhelminisch-patriarchalischer Muff züchtet spartanische Privatgelehrten, aber nicht das verunsicherte, faschistische, vergesellschaftete, konsumfetischistische Individuum, welches die Interessen und Ideologien der Herrschenden zu seinen eigenen macht und zum leibhaftigen Instrument der Produktion wird.
Was bedeutet diese (vereinfachte) Analyse für die Schülerbewegung am Johanneum? Viele Schüler wehren sich gegen bestimmte Erscheinungen, wie sie in "modernen, liberalen" Scülen (Buxtehuder Modell) nicht vorkommen können, gegen Erscheinungen also, die nur Schulen, die nach den ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse im 19. Jahrhundert konzipiert sind, aufweisen können. Das bedeutet, daß die Schülerbewegung an den humanistischen Gymnasien in der ständigen Gefahr schwebt, aufgesogen zu werden von den allgemeinen Reformbestrebungen, die die Schule nach den ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse im 20. Jahrhundert organisiert sehen wollen. Weiter unten werde ich ein Modell anführen, mit dessen Hilfe man diese Schwierigkeiten, so

glaube ich, überwinden kann.
Wie nun entstand die Schülerbewegung am Johanneum, wie begannen die "böswilligen Störer" (Direktor Schütz) mit ihrer Arbeit? Zunächst beschränkte sie sich auf den Widerstand im Untericht, auf ständiges Fordern nach Diskussionen, in denen wir nur mehr schlecht als recht unsere Ansichten vertreten konnten. Es wurde allgemein nur sehr wenig Theorie akkumuliert, diesen Mangel versuchte (und versucht) man zu verdecken durch Fixierungen an "revolutionäre" Instanzen wie Mao Tse Tung oder AUSS-Flugblätter. Nachdem jedoch die Genossen die Notwendigkeit einer revolutionären Theorie erkannt hatten und auch schon ein gewisses Niveau erreicht hatten, was ihnen ermöglichte effektive Praxis zu betreiben, wandelte sich das bisherige, unkontrollierte und noch recht harmlose Aufbegehren einiger Schüler um in zwar immer noch nicht organisierten, jedoch schon teilweise koordinierten und vor allem manifesten, radikalen Widerstand. Erster Höhepunkt war die Schulsprecherwahl in der in zwei Flugblättern und einer Rede der Boykott der Wahl und der Widerstand gegen das repressive Kollegium gefordert wurde. Daraufhin wurden die Eltern eines Schülers so lange unter Druck gesetzt, bis sie ihren Sohn von der Schule nahmen. Diese trotz aller Lügen des Direktors und aller Vertuschungen seitens der Eltern offensichtlich politische Repression sowie weitere Repressionen wie verschärfte Leistungsüberprüfung und Strafandrohung verursachten die ersten Solidarisierungen, das Anwachsen des revolutionären Potentials. Dieses Potential wurde jedoch nicht genutzt. Statt dessen wurden in Folge der fehlenden Strategie Formen des Widerstandes praktiziert, die teilweise zeitlich falsch lagen (individueller Terror, das Bemalen des Hauses eines Lehrers) bzw. nicht von einer aufklärerischen Arbeit begleitet wurden und somit zum Ritual degenerierten (das Bemalen der Schulwände: zu Beginn politische Manifestation, zuletzt neurotische polit-Onanie.) Eine Ausnahme bildete die Aktion während des Johanneum-Schulfestes: auf einem Flugblatt wurde eine kurze, kritische Analyse der Schule, eine Denunziation des Festes als Bonbon des Direktors, als mickrige Ersatzbefriedigung geliefert sowie die Explosion zweier TNT-Bomben angekündigt. Das Schulfest wurde unterbrochen, die revolutionäre Schülerbewegung durchbrach die allgemeine Resignation unter den Schülern, die zwar richtige theoretische Ansätze aufweisen konnten, jedoch nicht meinten, daß sich die Schüler effektiv wehren könnten. In der Nacht darauf wurde noch ein zweites Flugblatt gedruckt und an die Schulmauern geklebt, es enthielt eine kurze Begründung der Aktion. Unabhängig von diesen Aktionen wurde einige Tage später ein Flugblatt verteilt, welches militaristische und faschistische Äusserungen einiger Lehrer publizierte. Einerseits hatte dieses Flugblatt eine sehr positive Wirkung bei den Schülern, andererseits konnte die reformistische Wirkung dieses Flublattes, der mangelnden Organisation wegen, nicht abgebogen und in eine revolutionäre Tendenz verwanelt werden. Es folgten weitere Flugblattaktionen jedoch die Genossen erkannten, daß diese Aktionen verfehlt und wirkungslos seien, wenn sich die revolutionären Schüler nicht organisierten. Deshalb wurde die antiautoritäre Basisgruppe des Johanneums ins Leben gerufen. Wegen der Osterferien unternahm sie noch keine Aktionen, die Strategiediskussion ist noch im Gange.
Dennoch möchte ich versuchen, die mögliche Strategie der Schüler im Johanneum knapp zu umreißen:
Der Schüler hat allgemein eine tendenzielle Aggressivität gegen den Lehrer, den er nur als Unterdrückenden kennt. Diese Aggression wendet er jedoch nicht gegen den Lehrer selbst (wenn, dann nur in Lehrerwitzen etc.), sondern gegen schwächere Mitschüler bzw. Referendare und autoritätsarme Lehrer, die auf keine Solidarität im Lehrerkollegium rechnen können. Es gilt nun, die Aggressivität gegen die unterdrückenden Lehrer zu wenden, d.h., bei den Schülern einen Prozeß in Gang setzen, der sie in Notwehrsituationen aggressiv gegen den Unterdrücker werden lässt. Dies ist die erste Phase, diese Arbeit wurde am Johanneum schon geleistet. Die Personalisierung, die den revolutionären Prozeß in Gang setzt (analog: Springerkampagne) muß jedoch ihrerseits so schnell wie möglich überwunden werden, da sie sehr leicht in Reformismus abgleitet oder eine

falsche Projizierung des Klassenkampfes auf das Verhältnis Schüler-Lehrer darstellt. Die Überwindung der Personalisierung sowie die Politisierung der Konflikte ist am Johanneum ansatzweise gelungen. Parallel dazu muß der aktive Widerstand beginnen:

> "Elend und Entfremdung sind unmittelbar gegeben und beides muß in Praxi aufhebbar sein. Wie aber hat das zu geschehen? Etwa weiterhin durch ein berufsmäßiges Pochen auf Verfassungsrecht? Dann wäre immer noch die Ebene der Überzeugung, der Täuschung der Worte akzeptiert-(...) Um die Magie der Sprache zu überwinden, muß Emotion (Leiden) sich handelnd artikulieren! Die Negation des Bestehenden wird zur Zerstörung des Bestehenden, das Bestehende, das sich "rational" abgesichert hat, wird irrational (handelnd) blockiert. (...) Die Aktion demaskiert das Bestehende als "Papiertiger" (Mao), und im Sinne "primitiver" Mechanismen wird das Unfragbare (Tabu) umgehbar durch Destruktion. Das ist Propaganda der Waffen." (Positive Entfremdung, Sven G. Papcke)

Als nächste Stufe des aktiven Widerstandes bietet sich eine Schulbesetzung an. Die Besetzung des Johanneums könnte folgende Funktionen haben: erstens eine Vermittlung von Wissen, das nicht vom Prinzip der Profitmaximierung geprägt ist, zweitens die Entwicklung neuer Lehr- und Lernformen (Lernen als lustvolles Erfahren der Umwelt) sowie drittens die Ingangsetzung des Lernprozesses, daß der Staat, also das Kapital diese Formen und dieses Wissen nicht zulassen können; diese Erkenntnis wird sich manifestieren in der gewaltsamen Räumung der Schule durch die Polizei.
Die aufgezeigten Möglichkeiten sind selbstverständlich noch etwas unausgegoren und fragmentarisch, das liegt daran, daß sich die Basisgruppe erst seit kurzem organisiert hat und die Strategiediskussion in ihren wesentlichen Teilen noch vor uns liegt. Jedoch glauben wir, daß gerade das Johanneum in seiner besonderen Situation zu einem exemplarischen Fall werden kann, denn die Widersprüche sind grundsätzlich die gleichen wie an anderen Schulen, sie treten nur unerträglicher hervor.

STAATLICHE SCHULE FÜR GESUNDHEITSPFLEGERISCHE BERUFE - ERSTER VERSUCH EINER BASISARBEIT AN BERUFSSCHULEN

Am Sonnabend, den 8.3. 69 fand in der Berufsschule für Gesundheitspflegerische Berufe, Iserbrock, auf Einladung von Schulleitung und Schulbehörde eine Diskussion über die Inhalte des Berufsschulunterrichtes der fünf Erzieherklassen statt. Einige anwesende Studenten, deren Teilnahme an der Diskussion von den Schülern gewünscht wurde, sollten mit Polizeigewalt daran gehindert werden, die Diskussion mitzubestreiten (90 Polizisten, 10 Studenten). Nur die Einsicht, daß ein nicht begründbarer Ausschluß der Studenten zu einer Politisierung der Schüler führen könne, ließ die Vertreterin der Schulbehörde (auf Anraten der Polizei) nach einer Stunde einschwenken. Die Politisierung der Schüler hatte aber schon begonnen. Die Diskussion über den politischen Zweck des Hausrechtes (Forderung: das ist unsere Schule) endete mit einem fast einstimmigen Antrag auf Öffentlichkeit der Diskussion und der Lehrveranstaltungen. Sollte diese Öffentlichkeit von Schulverwaltung und Polizei in den Räumen der Schule unmöglich gemacht werden, würde man die Lehrveranstaltungen in jedermann zugängliche Räume verlegen.
Als neue Inhalte für den Berufsschulunterricht wurden Pädagogik, Psychologie und Soziologie gefordert. Als Antwort auf den Einwand der Schulbehörde, "dafür haben wir keine Lehrer" entwickelte sich der Plan zur Selbstorganisation des Unterrichts. Gleichzeitig mit dem Thema der Selbstorganisation kam die Forderung nach Abschaffung der Zeugnisse durch, da eine objektiv Zeugnisgebung in keinem Falle möglich sei und Zeugnisse außerdem die Funktion der Dizi- Diziplinierung (geistiger Rohrstock) hätten.
Am darauffolgenden Mittwoch (12.3.69) wurde der Beginn der Arbeit, der von den Lehrerinnen nicht gebremst werden konnte, von hohen Vertretern der Schulbehörde vorerst aufgehalten. Landesschulrat Neckel und der leitende Oberschulrat für die Berufsschulen schüchterten die Schüler in einem Wechselspiel von Zugeständnissen und Drohungen (wobei man sogar mit Lügen operierte) so sehr ein, daß ein Teil der Schüler nicht mehr bereit war, zur ungehinderten Arbeit an die Uni zu ziehen. Die Mehrheit blieb, um sich nicht spalten zu lassen, deshalb ebenfalls in der Schule. Anders am folgenden Freitag (14.3.69): Als die Schulleitung die anwesenden Studenten aufforderte, das Haus zu ver

(14.3.69): Als die Schulleitung die anwesenden Studenten aufforderte, das Haus zu verlassen, zog die Erziehungshelferklasse geschlossen mit an das Pädagogische Institut der Universität und begann dort mit der Arbeit. Diese wiederholte sich am Montag,den 17.3. und am Mittwoch, den 19.3.
Um die Zeit bis zu den Osterferien zu überbrücken, ließ die Schulverwaltung den restlichen Unterricht ausfallen.
Nach den Anfangserfolgen machte sich allerdings am Freitag, den 21.3. eine gewisse Aktions- und Arbeitsmüdigkeit bemerkbar. Von den Lehrern vor die Wahl gestellt, entweder sich einen Film anzusehen und hinterher Kaffee und Kuchen zu konsumieren oder aber weiter mit den Studenten über Erziehungsfragen zu diskutieren, entschieden sich die meisten Schüler für Film, Kaffee und Kuchen. Diese Arbeitsmüdigkeit läßt sich jedoch durch die"Ferienstimmung", die ein "letzter Schultag" mit sich bringt, erklären. Sie macht aber auch deutlich, daß eine Strategie entwickelt werden muß,um
a) die Politisierung der Schüler, für die die Vorgänge an der Schule Iserbrock Modellcharakter hat, voranzutreiben und
b) um den reaktionären Maßnahmen wirksam begegnen zu können.

DEMONSTRATION HAMBURGER STUDIENREFERENDARE

Zur Situation der Studienreferendare:
1. Die materielle Lage ist ausgesprochen mies. Für einen 26jährigen Referendar beträgt der Unterhaltszuschuß 470 DM, für einen 31jährigen (verheiratet,2Kinder) 825 DM brutto. Sogar der (reaktionäre) Philologenverband erkennt dieses und rät von dem Lehrerberuf ab. Die Hamburger Bürgerschaft lehnte eine Erhöhung ab.
2. Ungeachtet dessen, daß die Referendare "ohnehin bis an die Grenzen des Belastbaren"(Oberschulrat Zahn) beansprucht sind, werden ihnen noch Lehraufträge bis zur vollen Stundenzahl eines Studienrats zugemutet. Wobei in der gleichen Zeit die Assessorarbeit, die Examenslehrproben und die Assessorprüfung geleistet werden müssen.

Die Schulbehörde erreicht dadurch zweierlei: Sie spart für alle Refrendare, die einen vollen Lehrauftrag erfüllen, den regulären Unterhaltszuschuß ein und verschleiert gleichzeitig den Lehrermangel an den Gymnasien, wo etwa 240 Studienräte fehlen! Ein von den Referendaren und ihren Ausbildern gemeinsam erarbeiteter Kompromißvorschlag bezüglich der Bezahlung und der Verteilung der Lehraufträge wurde abgelehnt. Durch die finanzielle Ausbeutung in den ersten drei Semestern erzwingt die Schulbehörde die Annahme von Lehraufträgen (=mehr Geld) im letzten Semester.

Die Bewußtwerdung des Zusammenhangs zwischen Ausbeutung und Verschleierung hatte die Politisierung der Referendare eingeleitet. Bei der Demonstration vor dem Gebäude der Schulbehörde setzte sie sich fort:
- Trotz friedlicher Demonstration mit Transparenten und Sprechchören sahen die angehenden Lehrer ihr Verwaltungsgebäude versperrt. Außerdem hatten alle Verwaltungsangestellten in dem Gebäude eine Stunde vorher Urlaub bekommen.
- Eine Delegation der Demonstranten wurde in das Gebäude eingelassen, sah sich jedoch plötzlich nicht delegierten Referendaren konfrontiert. Diese waren von der Schulbehörde als Vertreter etablierter "Interessenverbände" (GEW, PhV) angefordert worden.

Selbstverständlich wurden durch die friedliche Demonstration und das Verhandeln die Verbesserung der Lage der Referendare genausowenig erreicht wie durch die Demonstrationvom vergangenen November. Es wurde aber ein Politisierungsprozeß eingeleitet, welcher für die Zukunft andere Maßnahmen in der Auseinandersetzung mit der Schulbehörde erwarten läßt.

DISKUSSION IN DER BUNDESWEHR

Den Apparat der Bundeswehr durch offiziell geduldete Diskussionen zu verunsichern, ist seit langem nicht mehr möglich. Nach einem Befehl de Maizieres vom 15.2.68 sind "Einladungen zu Diskussionen in militärische Bereiche nur möglich, ...wenn bei den eingeladenen Diskussionspartnern die Bereitschaft zu sachlichen Diskussionen nach demokratischen Regeln vorausgesetzt werden kann." Diese Voraussetzungen treffen für APO-Leute offensichtlich nicht zu, zumal unter "sachlich" offensichtlich "affirmativ", unter "demokratische Regeln" die herrschenden, also undemokratische Regeln verstanden werden. Dies geht unter anderem daraus hervor, daß sich dieser Befehl versteht als Reaktion auf die "Vorkommnisse an der Heeresoffiziersschule Hamburg am 13.2.68". Hier hatte eine Diskussion mit linken Studenten (SHB, SDS) stattgefunden. Die Studenten hatten damals versucht, die Funktion der Bundeswehr im Spätkapitalismus darzustellen, gleichzeitig wurde versucht, die starren Regeln einer Podiumsdiskussion aufzulösen. Dies scheiterte damals am Widerstand der Veranstalter, und die Diskussion nahm Happening-artige Züge an.

ANTI-KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNGSKAMPAGNE DER HAMBURGER CDU

Die seit längerem auf Bundesebene geführte Anti-Kriegsdienstverweigerungskampagne (Schröder-Erlaß, Hoogen-Bericht) ist jüngst auf kommunalem Bereich von der Hamburger CDU fortgesetzt worden. In einer grossen Anfrage an den Senat von den CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Bergmann, Starke, Franke u.a. wird konstatiert, daß "in letzter Zeit ... ganze Abiturklassen fast geschlossen beantragen, als Wehrdienstverweigerer anerkannt zu werden-eine Erscheinung, die kaum mit dem Zufall erklärt werden kann!"
Der Senat wird gefragt, "ob(es zutrifft, daß)an Hamburger Schulen seitens der KV versucht wird, wehrpflichtige junge Leute von der Erfüllung des Wehrdienstes abzuhalten", und in welchem Umfang im Gemeinschaftskundeunterricht die Funktion der Bundeswhr und der Wehrpflicht im Rahmen der " Friedenssicherung" behandelt wird.
Der Wehrbeauftragte Hoogen hatte in seinem Jahresbericht festgestellt, daß das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung "umfunktioniert und zu unlässiger politischer Agitation mißbraucht wird."
Der Senat wird gefragt, ob es zutrifft, und welche Konsequenzen er in Bezug auf die Schulen zieht.

ARBEITSKREIS JUSTIZ IM RC

Der AK-Justiz im RC ist in letzter Zeit zu einer Stammtischrunde degeneriert, wo der letzte Stand der laufenden Prozesse referiert wird, wo die Mehrheit der Mitglieder Geschichten aus der Justiz konsumiert, ohne zu politischen Diskussionen zu kommen. Ob die in der ersten Nummer der APO-Press dargestellte Strategie der Justizkampagne fehlerhaft war, oder ob man sie nicht genügend beachtet hat, wird nicht diskutiert. Es ist bisher auch nicht gelungen, die notwendige juristische Arbeit zu delegieren, etwa in der Art des Berliner Ermittlungsausschusses oder sich ernsthaft mit der übernommenen Aufgabe der Sammlung von Urteilen aus der gesamten BRD zu beschäftigen.
Am nächsten Mittwoch(26.3.69) soll im RC(Treffpunkt: 18,30 Uhr) versucht werden, diese grundsätzlichen Fragen zu diskutieren.

RICHTER VOGT UND DIE VORBEUGEHAFT

Richter Vogt (bisher erfolgreichster APO-Richter in Hamburg) hat in einem Gespräch erklärt, daß er die Aufregung um die Vorbeugehaft überhaupt nicht verstehe. Diese sei doch gar nicht nötig, vielmehr reiche es völlig aus, wenn man die bestehenden Gestze etwas großzügiger auslege... Seine Praxis bestätigt dieses!!

TAKTIK DER BUNDESWEHRARBEIT

Im Bericht über das Bundeswehr-Bundesseminar des SDS und der progressiven VK-Gruppen (APO-PRESS Nr. 4) wurde die Strategie der Bundeswehrarbeit formuliert. Das grob = strategische Konzept: "den Kampf gegen die innen- und gesellschaftspolitische Funktion der Bundeswehr zu richten, mit dem Ziel der Verunsicherung , Zersetzung und Lähmung der Bundeswehr", muß jetzt ständig durch detaillierte Berichte und Reflektionen über die Arbeitstaktik ergänzt werden. Gerade der Anspruch , die Bundeswehr zer = setzen und zerschlagen zu wollen, schlug sich bei einigen Genossen in verbalradikalem Geschwätz nieder: Sabotage, Erschießen, Waffen klauen. Diese Genossen taktierten konsequent für die Strategie der Herrschenden, die die Anti-Bundeswehr Kampagne zu kriminalisieren suchen, um sie dann- bevor sie überhaupt effizient geworden ist - mit vollem "Recht" zu zerschlagen. Die Pressekampagne nach dem Hoogen - Bericht bescheinigte uns ungeheure, nicht vorhandene Erfolge. Ihr folgte die zweite Kam = pagne im Anschluß an den Adorno - Bericht. "Wer die Bundeswehr beschimpft, soll vor Gericht"! (Bild, 22. März 1969) Nicht verbalradikales Geschwätz, sondern tat = sächliche, permanente Zersetzung der genau analysierten gesellschaftspolitischen Funktion der Bundeswehr an der sozialen Basis in den Kasernen ist der APO - BuWe - Strategie adäquat.

Am Anfang der Anti - Bundeswehr-Kampagne standen die Flugblattaktionen vor den Kasernen, in kleinen Garnisonsstädten vor dem Bahnhof oder in der Stadt. Die Flugblätter wurden zentral für die Kasernen in Hamburg und Umgebung erstellt und sollten nach einem Phasenplan die Soldaten politisieren. Phase 1: Informationen über das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung, über die Technik des Aner = kennungsverfahrens und über die verschiedenen Bereiche der Argumentation (religiös, moralisch und politisch). Phase 2: Artikulation der Wehrunwilligkeit (Abhängigkeit von den Vorgesetzten, Schikanen u.s.w.) und Kritik an den militärpolitischen Ideolo = gien (militärische Überlegenheit, Feindideologie, Tapferkeit u.s.w.).
Phase 3: Analyse der gesellschaftspolitischen Funktion der Bundeswehr (besonders NS-Gesetze). Grundsätzlich gilt es dabei, pazifistische Weinerlichkeit oder soziologischen Jargon zu vermeiden. Die Darstellung der NS - Gesetze wirkte dann besonders gut, wenn alle denkbaren oder möglichen Einsätze der Bundeswehr in Beispielen demonstriert wurden. Die Reaktion der Militärmasken auf die ersten Flugblattaktionen modifizierte den Phasenplan . Den Soldaten wurden die Flugblätter von den Torwachen oder am nächsten Morgen beim Appell abgenommen, eine verstärkte politische Indoktrination begann. Wir konnten nun an dem konkreten undemokratischen Verhalten der Militärs zeigen, wozu die Bundeswehr wirklich dient. Diese Flugblätter mußten nun für jede Kaserne einzeln erstellt werden, und zwar in Zusammenarbeit mit den Soldaten, die uns genau informierten. Die Funktion der Flugblattkampagne kristallisierte sich heraus: Allgemeine Flugblätter konnten weniger politisierend wirken, sie dienten vielmehr dazu, Kontakt zu den Soldaten herzustellen. Spezielle Flugblätter schaffen für bestimmte Vorfälle in den Kasernen Öffentlichkeit.

Die Bundeswehrarbeit konzentrierte sich nun auf die einzelne Kaserne und mußte in allen relevanten Kasernen, in jedem Quartal - mit Abänderung - wiederholt werden. Der Ausbildung der Bundeswehr muß unsere Paralyse entgegenwirken. Die BuWe - Arbeit hat somit die Qualität einer langfristigen und massenhaften Kampagne erhalten, die nur durch intensive Basiserweiterung in allen Garnisonsstädten betrieben werden kann. Wir kamen über die Flugblattaktionen zu persönlichen Kontakten mit den Soldaten; briefliche Informationen oder allgemeine Diskussionen waren nur Vorstufen dazu. Dieser Kontakt half den Soldaten, die harten, frustierenden Bedingungen der Anti - BuWe - Arbeit besser auszuhalten. Über uns bekamen sie nicht nur Verbindung zu Zivilisten, sondern auch zu den "Kameraden", die nicht selten zwei Kompanien weiter, ebenso isoliert, agitierten. Kadergruppen wurden gebildet und zugleich konnte die konstitutive Bedingung für die Formierung und Disziplinierung der Soldaten, die Isolation im Ansatz aufgehoben werden.

Die Militärmasken versuchen jegliche Kommunikation unter den Soldaten zu unter = drücken. Kontakte zwischen den Kompanien sind schon erschwert, zwischen den Bataillonen sind sie nahezu unmöglich.

Wir können durch unsere Kontakte zu den einzelnen Soldaten, Basisgruppen in den Kompanien oder Kasernenbereichen, die Isolation auf jeder Ebene aufheben. Dazu geben wir demnächst ein Soldaten - Info heraus, in dem die Soldaten über mögliche, erfolgreiche Kasernenarbeit berichten, in dem rechtstechnische Fakten und Agtations = hinweise veröffentlicht werden. Hinzu kommt das Modell einer theoretischen Minimal = arbeit für Soldaten. Intensive Kommunikation leisten die Soldatentreffen, die bisher in kleinerem Rahmen stattfanden. Für Ende April ist eine Norddeutsche Soldaten = konferenz geplant. Fernziel ist ein weitgehend selbstständiges Kommunikations - und Koordinationssystem der aktiven Soldaten.
Unsere Agitation in den Kasernen (d.h. Material und sonstige Unterstützung, die wir den Kadern gaben) beschränkte sich zunächst auf das Verfahren der Anerkennung und die verschiedenen KDV-Informationen. Das übernahmen wir unüberlegt aus dem zivilen Bereich und stützten es lediglich mit dem heute schon irrelevanten Argument von " den Panzern, die stehen bleiben, weil die Fahrer den Kriegsdienst verweigern". Die aktiven Kriegsdienstverweigerer werden sehr schnell aus der Truppe herausgeholt. Dieser Effekt ist heute durch eine Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens noch verstärkt worden. Die Kriegsdienstverweigerung ließ sich zwar über eine gewisse Attraktivität - sehr leicht von den Herrschenden einzuschränken - verhältnismäßig gut ausbreiten, bezieht sich aber - wegen der allgemeinen gesellschaftlichen Indoktrination - nur auf eine schmale Sozialschicht. Kriegsdienstverweigerung ist nicht zielstrebig auf die Emanzipation an der sozialen Basis abgestimmt. Die Emazipation geschieht hier durch Flucht. Die mit den Soldaten betriebene Analyse der besonderen Bedingungen der Truppe gab der sozialen Basis adäquate Ansatzpunkte für die Zersetzung des Kriegsdienstes. (Wir stellten uns - Marx sei Dank - rechtzeitig um, so daß der Schröder - Erlaß uns mehr nutzen als schaden konnte). Die Bundeswehranalyse mußte sich vor allen Dingen auf die Integrationsmechanismen konzentrieren, um daran die entsprechenden Methoden der Emanzipation zu ent = wickeln. Die Soldaten, die die Soldatenkonferenz vorbereiten, stellten ein Programm der wissenschaftlichen Arbeit auf, das bis zu der Konferenz zu leisten wäre: 1. Aktuelle Information, politische Indoktrination; 2. Rechtslage der Re = krutierten ;dazu Material über Beschwerden, Strafverfahren und abartige Vorfälle. 3. NS- Einsatzübungen; 4. Grundausbildung; 5. Didaktik in Papers und Flugblättern.

Die einzelnen konkreten Vorfälle wie Abnahme der Flugblätter am Kasernentor, böswillige Erschwerung des Dienstes, Nötigung ließen uns das Wehrrecht ins Auge fassen. Wir mußten Rechtshilfe leisten. Die Rechtsunsicherheit des Soldaten, die "vorrechtlichen" Beziehungen zu den Vorgesetzten im besonderen "Vergewaltigungs = verhältnis", die daran erwachsende Angst und Verinnerlichung des Unterordnungs = verhältnisses stellten sich als ein Kernstück der BuWe - Repressionsmethoden heraus. Wir setzten deshalb allmählich die Wehrrechtskampagne in Gang. Die KDV - Soldaten verwandelten sich in Wehrrechtsexperten (ZDv, WBO, WDO, WStG etc.), und sie nutzten den juristischen Freiraum extensiv ; sie zogen die vorrechtlichen Beziehungen über Beschwerden und Strafanzeigen in den schwerfälligen rechtlichen Raum (Mit dem GG kann man schwer dazwischenpfuschen!) . Sie konnten so zumindest die unteren Chargen verunsichern und sich ihrem Druck entziehen, die höheren Chargen werden durch ständig einlaufende Beschwerden blockiert. Die Wehrrechtsexperten können sehr leicht wegen ihrer Kenntnisse eine Vertrauensbasis bei ihren Kameraden gewinnen, indem sie ihnen Mittel aufzeigen, wie sie sich von erfahrenen Schikanen befreien können. Die Wehrrechtsaktion wird so zur Kam = pagne, die immer wieder neue Beispiele dafür liefert, daß gemeinsame Beratung und Kritik bis zum Widerstand möglich sind. In zwei Beispielen gelang es Kompanien, ihren Kp - Chef zu stürzen.

Das Vehikel Wehrrechtskampagne ist wesentlich wirksamer als das der Kriegsdienstverwei = gerung, weil es den Bedürfnissen der Soldaten, Mittel und Methoden in die Hand zu be = kommen, um sich von den täglichen Repressionen zu schützen, genau entspricht.
Die gewaltsame Isolation, Unterdrückung jeder eigenständigen Kommunikation, versucht die Bundeswehr im Vertrauensverhältnis, Vorgesetzter - Untergebener, abzufangen. Druckmittel, wie Diensterschwerung, -Erleichterung, freies oder gesperrtes Wochenende, Aufstiegsmöglichkeiten, stabilisieren dieses Verhältnis. Es gibt hier schon system = immanente Ansätze, die kollektiv organisiert Emanzipation bewirken würden. Wehr = pflichtige wichsen auf den Gefreitenbalken, schimpfen auf die Z - Säue und haben Lust, die Vorgesetzten zu verarschen. Sie riskieren dafür sogar ein Wochenende, weil ihnen die permanente Anpassung stinkt. Unpolitisch begonnene Aktionen einer Gruppe können durch die Reaktion der Militärmasken stark politisierend wirken.
Ein Soldat berichtet in einem Frankfurter Kasernen - Info :" Der Dienstbetrieb in einer Kompanie verläuft nach einem für jede Kompanie verschiedenen Schema, das zumeist nicht den einzelnen ZDv s entspricht. Stören kann man allein dadurch schon, das man seinen Dienst nach Vorschrift durchführt. Aufgrund vorschriftsmäßigen Dienstes folgen Maßregelungen, die sich auf dem Beschwerdewege immmer gegen die Verhängenden kehren. Provokatives Verhalten gegenüber Ausbildern verleitet diese nahezu ständig zu Fehl = verhalten, zum Beispiel bestimmten Äußerungen ("Noch einmal, und sie bleiben am Wochenende hier"; "Wenn Sie nicht ruhig sind, dann stecke ich Sie in den B$_a$ u"!).
Dieses Fehlverhalten kann man agitatorisch ausnutzen. Dadurch werden andere Soldaten ermuntert, ihrerseits auch so zu handeln: Es kam bei uns zu regelrechten Wettbewerben, Autorität zu unterminieren. Der Soldat muß lernen, dass er sich wehren kann, dass er sich wehren muß. Sind solche Störmanöver nicht Einzelleistungen, sondern Gruppenarbeit, wird das Eingreifen der Disziplinarvorgesetzten noch größer, da sie zur wirksamen Ab = schreckung verbotene Kollektivstrafen verhängen. Ein gesperrtes Wochenende ist mit zehn Mann leichter zu ertragen, als allein. Zum andern ist aus einem gesperrten Wochen = ende unsere Basisgruppe entstanden. "
Ein weiterer SChwerpunkt der BuWe - Unterdrückung ist die politische Indoktrination (Kalte - Kriegs - Ideologie) und die Disziplinierung jeglicher politischer Aktivität seitens der WEhrpflichtigen (Maulkorb §§). Die entsprechenden Aktionen sind aus den anderen sozialen Bereichen zu übernehmen: Geheime Plakat - , Schmier - und Klebeaktionen und Politisieren des Unterrichtes. Die autoritäre Form, die hohlen Phrasen kann man leicht entlarven. Ein Soldat berichtete uns, wie er eine noch un = politische Kompanie im Unterricht über die "verteidigungswürdigen Werte" unserer freien Welt" (Ein Standard - Unterricht) politisiert habe. Er habe nur Fragen gestellt: z.B. "Und Portugal?", "Und Springer?", "Und Griechenland?". Der Höhepunkt war erreicht, als der Kp Chef gerade die westliche Meinungsfreiheit lobte und bei einem zaghaften Zwischenruf brüllte: "Ich bestimme, wann Sie reden können!" "Wir können auch im Stillgestanden miteinander reden!" Der Hamburger VK hat aus einschlägigen Anweisungen der BuWe die Richtlinien und Inhalte der politischen Indoktrination zusammengestellt.
Konkrete Beispiele für die Kaserenenarbeit: 1. Pz Gren Kaserne in Hamburg:
Schon auf unserer ersten Kasernenaktion lernten wir einen Soldaten kennen, der bereits 8o Tage wegen Befehlsverweigerung im Bau abgesessen hatte, dennoch nicht resignierte und in den freien Zwischenzeiten aktiv arbeitete (sieben KDVs in seiner Kompanie). Sechs weitere Flugblattaktionen folgten. Wir kündigten darin wöchentliche Diskussionsabende in einer Kasernennahen Privatwohnung an. Information über die Kriegsdienstverweigerung und Grundsatz diskussionen waren der Inhalt dieser Abende. Zu einer gemeinsamen kam es nicht, bis eine Gruppe von Soldaten zu uns kam und sagte, unsere Flugblätter seien nicht übermäßig gut, sie wollten selbst Flugblätter bei uns machen. Von da an trafen wir uns wöchentlich und erarbeiteten ein gemeinsames Aktionsprogramm. Ein Luftwaffenausbildungsregiment: Nach den ersten Flugblatt = aktionen kam es sehr schnell zu Kontakten mit mehreren aktiven Soldaten, die sich untereinander in der Kaserne nicht kannten.

Wir bildeten sofort eine Gruppe, die zunächst Aktionen auf das feierliche Gelöbnis und den SChröder - Erlaß zu diskutieren hatte. Eine Briefaktion, mit der Aufforderung, den Notstandseid zu verweigern, dazu wehrrechtliche Informationen und eine Flug = blattaktion hatte Erfolg: Politisierbare Gelöbnisverweigerer. Am Tage der Vereidigung hatte die Soldatengruppe nur einen einzigen Klebezettel, den sie zentral an der Kantinentür anbrachte, so daß alle lesen mußten: " Krieg ist ein Geschäft, investiere Dein Leben!" In einzelnen Kompanien versuchen die Kasernenmasken, die Soldaten zu schikanieren. Wacheinteilung mit der Begründung: "Ich will Sie der Öffentlichkeit vorenthalten!" - Nötigung: "Sie dürfen nicht zum Kommandeur. Ich kann Sie binnen einer Stunde fertigmachen!" - Vorläufige Festnahme wegen der Verweigerung des Befehls, schon "soldatisch " geschnittene Haare weiter zu kürzen. Die Wehrrechts = kampagne läuft.
In Flensburg hatte ein APO - geschädigter Kp Chef eine gute Idee, wie er sich vor einer gefürchteten Briefaktion schützen könne. Er sagte: "Vorsicht bei unbekannten Briefen. Der Feind (gleich APO) hat ein neues Mittel : Er sträut Kontaktgift in die Briefe."

WOCHENENDSEMINAR DER FRAUEN

Virulentes Interesse-durchschnittlich waren 30 Personen anwesend, weniger Männer als Frauen, kleine Gruppen aus Kiel, Sylt, Winsen/Luhe und Münster. Die einen wollten mal hören, "was ihr eigentlich wollt" (wie sieht denn nun die emanzipierte Frau aus?), die anderen hatten Arbeitsgruppen erwartet, die sich parallel laufend mit anstehenden Themen kontinuierlich über 1 1/2 Tage befassen würden. Erstere waren in der Merzahl , so verblieben wir bei der Plenumsform.
Neben einem ausführlicheren Erfahrungsbericht (als in APO-PRESS 4) hörten wir uns Beiträge über die einstige und heutige gesellschaftliche Rolle der Frau in der Familie an: die ungleiche Stellung von Mann und Frau resultiert nicht aus verschiedenen biologischen Anlagen, sondern: eine ursprünglich notwendige Arbeitsteilung, bei der die Rollen auch hätten vertauscht sein können (s. M. Mead: "Geschlecht und Temperament in primitiven Gesellschaften", roro, Hbg. 59) brachte Gebräuche und Verhaltensweisen hervor, die wiederum als Normen durch die Erziehung weitergetragen wurden, vom Mädchen Innerlichkeit und Unterwerfung, vom Jungen Extrovertiertheit und natürliche Autorität verlangen. Es handelt sich also um anerzogene, <u>kulturelle</u> und nicht um biologisch bedingte Verhaltensweisen.
Die einst zur Selbsterhaltung notwendige Familiengemeinschaft und Arbeitsteilung hat ihren ökonomischen Zwangscharakter verloren. Trotzdem wird sie in dieser Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Besitzdenken und irrationalen Sicherheitsbedürfnissen als die einzige natürliche Lebensform hingestellt; entsprechend bedeutungsvoll ist ihr gesellschaftlicher Status. Abgesehen davon, daß die enge und beengende Form der Familie heute, nämlich die Kleinstfamilie, manipulierbares Objekt der Herrschenden ist, den einzelnen isoliert und auf diesen kleinen Kreis beschränkt, unterliegt die Frau zusätzlichen Belastungen durch die überlieferte intergeschlechtliche Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft: sie wird verwiesen auf den häuslichen Bereich, ist dadurch finanziel, sozial und geistig vom Manne abhängig. Er ist es , der ihr das Wirtschaftsgeld, die Informationen aus der Umwelt und den Kontakt mit anderen gewährt. Während die Frau diese Unfreiheit und Unterdrückung mehr oder weniger bewußt erfährt, kompensiert sie in dem Bereich, in dem ihr freies Schalten und Walten zugestanden wird-in penibler Haushaltsführung und autoritärer Erziehung der Kinder-ihre Frustrationen.
Der AK-Kinderladen-bestehend aus etwa 20 Elternpaaren-versucht, diesem Mißstand abzuhelfen. Einerseits soll den Frauen die alleinige Belastung der Kindererziehung abgenommen, den Vätern Beteiligung ermöglicht werden, andererseits soll den Kindern eine Erziehung zuteil werden, die nicht dem willkürlichen oder planvollen Ermessen von ein oder zwei Personen unterliegt. Durch theoretische und praktische Erfahrung eines grös-

...:d damit potentiell fähigeren- Kollektivs soll sie gestaltet werden. Wir hoffen auch das AStA-Sozialreferat in dieser Weise aktivieren zu können, sowohl, um hier Mithilfe zu leisten, als auch weitere Projekte für "Studentenkinder" in Gang zu setzen. (Besprechungen am Dienstag, 25.3., 20 Uhr im SDS-Keller, v. Melle-Park 17)
In der Diskussion um unsere weitere Arbeit schälte sich als Schwerpunkt der Ausbildungssektor heraus. Dem begründeten Bedürfnis nach Kontakt mit der Arbeiterin konnte entgegengehalten werden, daß die intensiv angesetzte Aufkärungsaktion vor der Verabschiedung der NS-Gesetze nicht den erwarteten Erfolg hatte, weil unser Wissen über Arbeiteragitation noch nicht systematisch aufgearbeitet und vertieft worden ist. Da reichen nicht Informationen, noch Beweise, daß "Bild" lügt, da sind ganz konkrete psychische Schranken aufgebaut, die wir mit gutem Willen und den uns gegenwärtig verfügbaren Mitteln allein nicht durchbrechen können.
Wir meinen, daß wir weiterhin dort ansetzen müssen, wo verhängnisvolle Anpassung gelehrt, wo Unterdrückung noch als solche erfahren wird: in Schulen, Berufsschulen, Universitäten (über Bundeswehr sprachen wir nicht, zu einer "Beischlafaktion" sind wir auch wohl nicht fähig)
Konkreter: Agitation der weiblichen Lehrlinge durch Aufklärung über ihre Benachteiligungen als Frauen in Lehre und Beruf; Hilfe und Initiierung von Selbsthilfe in Sachen Anti-Babypille und Organisation von Abtreibungen..
Die überdurchschnittlichen, hohen Abgangsquoten von Studentinnen, ihre verstärkten Integrationsschwierigkeiten, die Tatsache, daß auch in diesem Bereich die landläufigen Vorurteile gegen die Frau wirksam werden, müssen konkret aufgespürt und bewußt gemacht werden. Es geht vor allem darum, der Reproduktion und Verfestigung dieses Vorurteiles in der Wissenschaft selbst zu begegnen. In der Psychologie und Soziologie werden die klischeehaften Vorstellungen von der Rolle der Frau unkritisch als Maßstab herangezogen. Da diese Ergebnisse unmittelbar in die Theorie und Praxis der angehenden Lehrkräfte einfliessen, so die Unterdrückungsmechanismen weitergegeben werden, muß gerade am Pädagogischen Institut die Kritik ansetzen. Hier studieren zudem größtenteils Frauen, die irrationale Benachteiligungen am eigenen Leib erfahren haben.
Wir planen ein Agitationskader, das im Sommersemester in der Form der aktiven Seminar Kritik bestimmte Lehrveranstaltungen umfunktioniert, die die Problematik der Frauen ignorieren.
Außerdem: Selbsthilfeaktionen gegen autoritäre Hausordnungen in Studentinnenwohnheimen, gegen die Diskriminierung von Zimmersuchenden Studentinnen. (Der AStA sollte hier einige Musterprozesse führen!)
Unser Arbeitsplan wird detaillliertre besprochen: Dienstags, 20 Uhr, SDS-Zentrum (s.o.)

ARBEITSKONFERENZ DES SDS in Frankfurt vom 8. bis 15. April

Im ersten Teil sollen folgende Themenbereiche behandelt werden:

1. Betriebs- und Lehrlingsarbeit
2. Syndikalismus im Ausbildungssektor, Basisgruppenmodell
3. Kinderläden
4. Schüler
5. Bundeswehrkampagne
6. Justizkampagne
7. Internationalismus
8. Technologie

Der zweite Teil beginnt am Donnerstag. Diskussion wird im Plenum weitergeführt.
Nähere Informationen sind im SDS-Info Nr. 9 enthalten, das am Sonnabend fertiggeworden ist und an die Gruppen unterwegs ist.
Anmeldungen an den Bundesvorstand Frankfurt/M., Wilhelm Hauff Str. 6 tel. 0611/776068 oder (für Unterkünfte) an das Kolb-Heim, Beethovenplatz 4

VORBEUGEHAFT TEACH-IN DER HAMBURGER LEHRLINGE vom 19.3.69

Die Arbeit des SLZ (Sozialistisches Lehrlings Zentrum) in den letzten Monaten war die der Projektgruppen (Vorbeugehaft, Portugal, Palästina, Berufsausbildungsgesetze),die diese aktuellen Themen theoretisch aufarbeiteten.
Die ad-hoc Gruppe Vorbeugungshaft führte danach eine Flugblattkampagne an mehreren Hamburger Berufsschulen durch. Daran entzündete sich im Gemeinschaftskunde-Unterricht eine Diskussion. Der vorläufige Höhepunkt dieser Vorbeugehaftkampagne war ein teach-in ,auf das Flugblätter und Klebezettel aufmerksam machten. Zum teach-in erschienen ca. 600 Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler. Als ein Fehler erwies sich, das teach-in in der Form eines Geschichtsunterrichts mit Referaten zu beginnen. Statt dessen hätte man die herrschende Vorbeugehaftpraxis am Beispiel der vorhandenen Fälle, unterstützt durch Zeugenaussagen, darlegen sollen, um das Gefühl der persönlichen Relevanz herzustellen.
Es wurden folgende Referate gehalten:
1. Vorbeugungshaft bzw. Schutzhaft im Dritten Reich (ein historischer Abriss) und Parallelen zur heutigen Vorbeugehaft.
2. Vorbeugehaft als Teil einer weiteren Faschisierung in der BRD und die Ohnmacht einer Verhinderung, wie es sich schon bei den NS-Gesetzen gezeigt hat.
3. Die Notwendigkeit der Organisierung des Widerstandes ,der sich eben nicht nur an der Universität formiert, sondern sich ebenso im Bereich der Arbeiter-und Schülerschaft rekrutieren muß..
Ein weiteres Referat machte einsichtig, daß Vorbeugehaft bei Widerstand gegen das zu erwartende Berufsausbildungsgesetz neben der innerbetrieblichen Repression ein bedeutendes Einschüchterungs- und Unterdrückungsmittel sein wird.
Überraschend verlangte nach den Referaten die Hälfte der Anwesenden eine Demonstration. Es zeigte sich, daß das Vermögen, aus Informationen praktische Konsequenzen zu ziehen, bei jungen Arbeitern größer ist als bei Schülern oder Studenten, der Weg von vermittelter Theorie zur Praxis kürzer. Dies zeigte auch das Beispiel an der Berufsschule für Gesundheitspflegerische Berufe in Hamburg und die Lehrlingsdemonstration in Berlin. (In der nächsten Nummer: Bericht über diese Berufsschule, d. Red.)
Unter den SLZ-Organisatoren des teach-ins entstand Uneinigkeit über den weiteren Verlauf der Veranstaltung, wobei dem SLZ die Kontrolle aus der Hand glitt. Ein Strafrichter(BUSEN -Schneider, Experte in Sachen Jugendfragen), der den Laien-Referenten Laienhaftigkeit vorwarf und erklärte, gegen die Vorbeugehaft zu sein(auf Grund der bisher vorliegenden Fälle sehe ich dazu keine Notwendigkeit), war aber nicht dazu bereit und in der Lage ,dies politisch zu begründen. Ein Teil des Publikums honorierte jedoch die Mutprobe des Justizgermanen und nahm ihn gegen Angriffe in Schutz; begriff dann allerdings seine Unbedarftheit. Da keine inhaltliche Diskussion mehr zustande kam, hielt es das SLZ für angebracht, die Versammlung zu beenden und im RC im kleineren Kreise mit Interessierten weiterzudiskutieren.
Eine rechtzeitige Einschätzung der begrenzten Möglichkeiten einer Demonstration an diesem Abend und die bessere Vorbereitung der Diskussion hätte dem SLZ erlaubt, die Kontrolle zu behalten und eine stärkere Umsetzung der Veranstaltung in Engagement gebracht. Auf der Mitgliederversammlung am Sonnabend zeigten sich nur wenige neue Gesichter.
Als weiteren Nachteil für die Diskussion erwies sich, daß die Unterstützung durch den AK-Justiz recht enttäuschend war!
SLZ(Sozialistisches Lehrlingszentrum)
Mitgliederversammlung: Samstags, 15 Uhr im RC
Berufsausbildung : Mittwochs, 18 Uhr Kommune Hochallee Nr. 21

JOURNALISMUS IN DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION

"Die Gesinnungslosigkeit der Journalisten, die Prostitution ihrer Erlebnisse und Überzeugungen ist nur als Gipfelpunkt der kapitalistischen Verdinglichung zu begreifen. "
(Lukacz, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, Seite 111)

" Anständige " und " Unanständige ". Schon verfällt das Wahlbündnis in die politische Propagandamethode der bürgerlichen Gesellschaft und betreibt Sympathiewerbung für die Front der Anständigen von Albertz über die Liberalen, linke Sozialdemokraten bis hin zum Parteivorstand der SED/DKP. Es ist nur eine Folge dieses objektiven Einbaus in die Methode bürgerlicher Realpolitik, wenn auch Vertreter dieses Teiles der APO in die bewährte Methode des bürgerlichen Journalismus zurückfallen. Einbau in das bestehende Herrschaftssysthem will bedeuten, daß man die Kampfmethoden des Gegners, die "Spielregeln der Demokratie" anerkennt. Die vielgerühmten Spielregeln mit ihrem ganzen Pseudopluralismus, mit der Sozialtechnik der Personalisierung der Probleme, mit der Umprägung von Nachrichten zu gezielten Meldungen, mit der Methode, Argumente durch Unterschlagungen, Analysen durch falsche Information zu ersetzen, haben auch jenes Phänomen hervorgebracht, das man zurecht als "Lumpenjournalismus" bezeichnen kann. Eine Kostprobe dieses Journalismus bietet uns C. Guggomos in seiner Sendung nach der Landgerichtsaktion am 4. November. Ein Beispiel für die Methode, Analysen durch falsche und irrige Informationen zu ersetzen, führt er uns vor, wenn er daran geht, über den "unanständigen" Teil der neuen linken Bewegung zu berichten:
" Die dritte und letzte Gruppe nennt sich selbst antikapitalistisch und antiautoritär. Ihr Sozialismus ist romantisch verklärt, am Individuum, nicht am Kollektiv orientiertund bezieht seine Ideologie aus der Vor-Marx-Zeit. Sie will vor allem den Kampf gegen Erstarrung in jeder Form führen, und zwar in einer betont militanten Weise. In ihrer Tendenz neigt diese Gruppe zum Anarchismus, wobei sich den Lehren Proudhons und Bakunins, die oft unbewußt neu formuliert werden, trotzkistische, maoistische und fidelistische Elemente beimengen. "
Das Manipulative an dieser "information" ist offenkundig. Wie im Sinne der bürgerlichen Popanzbildung, gelingt es Guggomos, in die neue revolutionäre Bewegung sämtliche Schreckgespenster zu projezieren, die der bürgerlichen Gesellschaft und den Altkommunisten gemeinsam sind : Bakunin, Trotzki, Mao und Castro. Dem Journalisten Guggomos geraten freilich die theoretischen Fäden etwas durcheinander. So spricht er von einem ideologischen Abstieg dieser revolutionären Gruppen, der sich im Vulgärmarxismus manifestiere, obwohl er kurz davor vom Anarchismus und Maoismus gesprochen hatte. Um die Verwirrung zu vollenden, interpretiert er den Vulgärmarxismus als Mischung aus "frühchristlichen und kommunistischen Gemeinplätzen". Reicht die ideologische Popanzbildung nicht aus, so muß auch noch die personelle hinzukommen.
Hier ein Beispiel :"Die Jungrevolter hatten aber trotz ihrer in ideologischen Tiefen begründeten Desorganisation bis var kurzem stets theoretisch hochgebildete und bei aller Impulsivität realistische Führer. Der eine von ihnen, Dutschke, wurde niedergeschossen und ist heute noch Rekonvaleszent. Zwei andere, Meschkat und Krippendorff, folgten einem Ruf in die USA und lehren dort. Ein vierter, Horst Mahler, kämpft um seinen Beruf als Rechtsanwalt. Anderewie die SDS-Ideologen Gäng, Rabehl und Lefevre haben sich wieder ganz der wissenschaftlichen Arbeit zugewandt. Zwar sind sie bei Diskussionen noch dabei, aber eher in der Rolle von Mitschwimmern. Sie verlieren ihren Einfluß auf die Basis des SDS und der Schülerbewegung immer mehr ...So stieg Christian Semler zum neuen Führer der Westberliner Antiautoritären auf, Sohn der Schauspielerin Ursula Herking und des im Nachkriegsbayern als Hühnerfutter-Semler bekanntgewordenen CSU-Politikers."
- In Wirklichkeit ist klar, daß dieser verkommene Journalismus politisch nicht funktionslos

ist, sondern die Verschleierung eigener realpolitischer Ziele, damit der Verschleierung der wahren Ursachen der Spaltung der APO dient. Wenn Guggomos behauptet, daß das APO-Bündnis in einem Steinhagel zerbrochen sei (am 4. November in der Polizeikonfrontation vor dem Tegeler Weg) so verschweigt er nicht nur die lähmende und demoralisierende Wirkung der CSSR-Intervention, sondern verschleiert die wahren Gründe für die drohende Spaltung : Guggomos weiß ganz genau, daß die entschlossene Wendung einiger Gruppen der APO, zusammen mit der DKP zur alten parlamentarischen Strategie - eine Wendung, die von den Parlamentaristen selbst beschlossen wurde, ohne vorherige Diskussion mit den Vertretern einer nichtparlamentarischen Strategie - die Spaltung der APO einleitet. Nicht durch Zusammenstöße mit der Polizei, sondern durch die parlamentarische Strategie des Wahlbündnisses könnte die Außerparlamentarische Opposition als soziale Bewegung zu Grabe getragen werden. "Denn diese Opposition findet ihre spezifische Qualität, ihr Unterscheidungsmerkmal nicht im zeitweiligen Ausgeschlossensein von der parlamentarischen Tätigkeit und von der Regierungsmöglichkeit. Sie ist APO nicht insofern sie sozialistisch opponiert, sondern weil sie außerparlamentarisch die radikale, sozialistische Veränderung anstrebt. Daher zielt sie nicht auf einen Einbau in den konstitutionell vorgesehenen Apparat der politischen Herrschaft und damit auf die Chance einer Revolution von oben, einer durch normale legislative Arbeit herbeigeführte Umwälzung. Vielmehr sieht sie ihre eigene emanzipatorische Funktion gerade darin, jenseits des vorhandenen Apparats eigene Entscheidungs- und Handlungszentren zu entwickeln, die von unten her wirken. Eine Außerparlamentarische Opposition, die ins Parlament will, verliert ihre eigene Qualität und wird eine systemadäquate Kraft, die vielleicht durch die 5%-Klausel, nicht aber durch eine theoretisch begründete Strategie sich genötigt sieht, Außerparlamentarische Opposition zu sein."

(Zit. aus einem Manuskript von Agnoli)

Johannes Agnoli/Horst Mahler

Nachdruck aus einer Broschüre des Republikanischen Club Berlin

PERSISCHES KONSULAT

Die Demonstration der persischen Kommilitonen im Januar hat wahrscheinlich personelle Veränderungen im persischen Konsulat in Hamburg verursacht. Die Perser hatten damals dagegen protestiert, daß der Paß von Bahman Nirumand von den Behörden nicht verlängert wurde, was einer Ausweisung gleichkommt. Etwa 50 Demonstranten drangen damals in das Konsulat ein und übergaben dem Vize-Konsul eine Resolution. Der Konsul selber war nicht anwesend. Dieser Vize-Konsul wurde, wie die Perser später erfuhren, zwei Tage später nach Persien versetzt. Die Perser vermuten, daß die Versetzung erfolgte, weil der Vize-Konsul nicht sofort nach dem Eindringen der Demonstranten die bereitstehende Polizei gerufen hatte.

Seit den Semesterferien befinden sich das griechische Konsulat und das Amerikahaus nicht mehr unter ständiger Polizeibewachung!

Zur Situation an den Schulen:

Zufällig wurde bekannt, daß erst kürzlich ein politisch engagierter Schüler des Gymnasiums Farmsen der Schule verwiesen worden ist. Sicherlich wird ein Bericht darüber in der APO-PRESS dem Betroffenen zunächst nicht viel nützen. Das könnte nur durch die Selbstorganisation der Schüler an der betroffenen Schule geschehen, dennoch kann der Austausch von Informationen über solche Vorkommnisse von großer Bedeutung sein. Genossen, die Redaktiom macht vorwiegend den technischen Kram, was die Informationen betrifft, sind wir auf eure Mitarbeit angewiesen!

Hiermit bestelle ich APO-PRESS zum halbjährlichen Abonnementspreis von DM 8.00 (vierteljährlich DM 5.00). Den Betrag überweise ich auf das Postscheckkonto Hbg M. Deter 2293 32 NAME ____________ ADRESSE ____________

Fortsetzung "OSTERMARSCH -AGONIE"

Die "Massen", die die Traditionalisten ansprechen wollen und in denen sie die Illusionen für den parlamentarischen Kampf wecken, werden jedoch von der "Kampagne" nicht aus dem Manipulationsmechanismen diese Systems (in denen das Parlament eine so entscheindende Funktion erfüllt, was aber von der DKP u.a. unterschlagen wird) befreit , sondern erneut integriert.
Wenn die sozialistische Opposition der Schüler, Arbeiter und Studenten heute die Strategie der direkten Aktionen der Entlarvung und Verweigerung zur Blockierung des spätkapitalistischen Herrschaftssystems verfolgt, so wird diese Strategie, die gegenwärtig als die einzig mögliche erscheint, von den DKP-Genossen als konterrevolutionäre Militanz klassifiziert.
Zugleich aber trifft auf die Traditionalisten das stalinistische Syndrom der Dichotomisierung von Antikommunismus und KP-Kritik. Wenn heute an der revisionistischen Praxis der DKP-Genossen Kritik geübt wird, legen diese das hurtig als Antikommunismus aus.

Für die sozialistsche Opposition in Schule Betrieb und Universität kann es daher nur die Konsequenz geben, die Ostermarschierer, wo es möglich sein sollte, auf ihre eigenen Wiedersprüche hinzuweisen und dem am 30. März versammeltem Potential die rationale Stossrichtung zu geben. Im Zuge der verschärften Auseinandersetzun g mit dem Herrschaftsapparat und seiner unheiligen Dreieinigkeit aus Polizei- und Armeeterror, Justiz und parlamentärer Verschleierung liegen die aktuellen Ansatzpunkte offen vor uns. Wenn daher von einer Politisierung der Ostermärsche gesprochen wird, sollte es zwei mögliche Schwerpunkte geben:

1.) Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung des Systems- Erster-März-Erlass zur Kriegsdienstverweigerung, Ausbau der Ersatzdienstlager zu paramilitärischen Organen, geplantes Bannmeilengesetz für BW-Kasernen.
2.) Aufklärende Massenaktionen gegen den Justizterror.

Insbesondere der erste Punkt gibt Gelegenheit, die Aktionen umzusetzen in konkrete Basis mobilisierende Arbeit in den drei Primärbereichen der sozialrevolutionären Bewegung: Schule (politische Vorbereitung auf den Kriegsdienst, Kriegsdienstverweigerung), Universität (militärische Vertragsforschung) und Betrieb. Somit könnte - die Notwendigkeit ist lange genug proklamiert worden - der Kampf gegen den Militärapparat zur vierten Säule unserer Arbeit werden.

~~Analyse~~
~~Anfänge~~
~~Arbeit~~
~~Öffentlichkeit~~

~~Basisarbeit~~
~~Schüler~~
~~Lehrlinge~~
~~Stud.~~
Justizpolitik
Justizterror
Polizeiterror
Justizterror